

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Affäre um Kunstwerke

Das Pariser Musée Guimet für asiatische Kunst hatte für Anfang 2008 eine Ausstellung von knapp 200 der wertvollsten Kunstwerke Bangladeschs geplant. Zahlreiche Museen des Landes wollten Statuen, Terracotta-Plastiken und Manuskripte nach Frankreich senden. Es wäre die erste große Ausstellung dieser Art außerhalb Bangladeschs gewesen. Anfang Dezember 2007 war ein erster Teil der Ausstellungsgegenstände ausgeflogen worden. Daraufhin entrüsteten sich Kunstexperten und -liebhaber in Bangladesch, denn die Gegenstände waren rasch und ohne sorgsame Verträge mit dem Pariser Museum verschickt worden. Die Regierung hatte die Gegenstände, die einen großen Teil des kulturellen Erbes Bangladeschs ausmachen, für nur rund fünf Millionen Euro versichern lassen, obwohl – so Experten – einige der Statuen als Einzelstücke soviel wert sind. Ebenso war vertraglich geregelt, dass das Pariser Museum die Stücke vor Ausstellungsbeginn renovieren darf. Kunstexperten sagten aus, dass dies in vielen Fällen nicht notwendig sei und die Gegenstände nach einer Restauration nur noch per Kohlenstoffdatierung von Fälschungen unterschieden werden können. Die Experten beklagten, die Regierung von Bangladesch habe mit Leihgaben keine Erfahrung und habe dem Musée Guimet die Gegenstände leichtfertig überlassen. Als Ende Dezember zwei rund 1 500 Jahre alte Statuen auf dem Zia International Airport in Dhaka kurz vor ihrem Transport nach Frankreich gestohlen wurden, trat Ayub Quadri, der Berater für Kultur und Bildung der Übergangsregierung, zurück. Die beiden Statuen wurden kurze Zeit später in Dhaka zerstört wieder aufgefunden. Die Diebe waren enttäuscht gewesen, Terracotta-Statuen vorzufinden und hatten sie – in Stücke gebrochen – auf den Müll geworfen. In Folge dieser Vorfälle wurde die Ausstellung in Paris abgesagt. Das Musée Guimet hat unter Kunstfreunden in Bangladesch einen schlechten Ruf, da – so der Vorwurf von bangladeschischer Seite – in den 50er Jahren Kunstgegenstände aus ehemaligen Kolonialländern vom Museum einbehalten und nicht zurückgeschickt worden sind.

Der lange Weg zur politischen Stabilität

Seit nunmehr über einem Jahr herrscht in Bangladesch der politische Ausnahmezustand: Die für Januar 2006 angesetzten Parlamentswahlen wurden ausgesetzt, die Übergangsregierung um Fakhruddin Ahmed führt das

Land mit Unterstützung des Militärs, Notstandsgesetze schränken politische Aktivitäten massiv ein und Zehntausende sind wegen Korruptions – und Erpressungsvorfällen verhaftet worden. Der Weg zurück zur Normalität wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Gegen beide ehemaligen Premierministerinnen des Landes, Sheikh Hasina (*Awami League*) und Khaleda Zia (*Bangladesh Nationalist Party*, BNP), die sich bereits seit Mitte 2007 in Haft befinden, ist Anklage erhoben worden. Im Dezember begann das Gerichtsverfahren gegen Sheikh Hasina in einem Sondergericht auf dem Gelände des Parlamentsgebäudes. Hasina, ihre Schwester und ein Cousin sind der Erpressung über Summen im Wert von mehreren hunderttausend Euro angeklagt. Das Verfahren ist bisher ohne Ergebnis. Zunächst gab es juristische Einwände, ob Hasina überhaupt unter Berufung auf Notstandsgesetze (*Emergency Power Rules*) angeklagt werden kann. Derzeit wird das Verfahren auf Grund ihres Gesundheitszustands immer wieder aufgeschoben. Auch der Ausgang der Prozesse gegen Khaleda Zia, ihren Sohn Tarique Rahman, dessen Frau und Schwiegermutter ist noch unklar. Der politische Dialog zwischen den Parteien und der Übergangsregierung, der seit Monaten angesetzt ist, soll nun endlich beginnen. Bisher finden nur inoffizielle Treffen statt. Der Dialog soll die Übergangsregierung, hohe Ministerialbeamte, Angehörige des Militärs, sowie Vertreter aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft an einen Tisch bringen. Ziel ist es, friedliche Wahlen zu ermöglichen und die politische Landschaft Bangladeschs neu zu gestalten. Die *Awami League* sowie die reformistische Splittergruppe der BNP arbeiten nach wie vor an einer Demokratisierung ihrer Parteistrukturen. Sowohl die *Awami League* als auch die Khaleda Zia treue Seite der BNP fordern aber die Freilassung der beiden ehemaligen Regierungschefinnen vor Beginn des politischen Dialogs. Die Parlamentswahlen, beteuern alle Seiten, werden Ende des Jahres stattfinden.

Verurteilung von Hochschullehrern

Im Dezember 2007 sind vier Dozenten der Universität von Rajshahi zu je zwei Jahren Gefängnisstrafe verurteilt worden, weil sie sich – so das Urteil – über die Notstandsgesetze (*Emergency Power Rules*, EPR) hinweggesetzt haben. Die Hochschullehrer hatten am 21. August des vergangenen Jahres während der Studentenunruhen in Bangladesch eine friedliche Demonstration organisiert. Professoren und Studenten in Rajshahi als auch an

der Universität von Dhaka protestierten gegen die Verurteilung der Kollegen. Dank der anhaltenden Proteste begnadigte der Präsident die vier Dozenten. Sie wurden aus der Haft entlassen. Im Dezember liefen ebenfalls Gerichtsverfahren gegen vier Dozenten und mehr als ein Dutzend Studenten aus Dhaka. Erst gegen Ende Januar endeten die Spannungen zwischen Studenten und Dozenten auf der einen Seite und der Übergangsregierung auf der anderen, als alle Inhaftierten freigelassen wurden. Im August 2007 waren auf dem Campus der *Dhaka University* Unruhen ausgebrochen, nachdem es zu Streitereien zwischen dem dort stationierten Militär und Studenten gekommen war. Die Auseinandersetzungen zwischen Studenten und den Sicherheitskräften weitete sich auf andere Hochschulen aus. Ein Mensch starb. Die Universität von Dhaka war daraufhin geräumt und für Monate geschlossen worden.

Zyklon „Sidr“ und die Konsequenzen

Der tropische Wirbelsturm, der im November letzten Jahres große Teile im Süden des Landes verwüstete, hat weitreichende Konsequenzen für Bangladesch. „Sidr“, einer der stärksten Zyklone seit Menschengedenken, forderte mehr als 4000 Menschenleben, knapp neun Millionen Menschen waren von der Zerstörung betroffen. Nur Dank eines verbesserten Warnsystems, Evakuierungsmaßnahmen und Schutzbauten konnten Katastrophen wie in den Jahren 1970 und 1991 verhindert werden, die jeweils Hunderttausenden das Leben kosteten. „Sidr“ zerstörte oder beschädigte laut USAID 1,5 Millionen Häuser. Die derzeitige Reiskrise ist auch auf die Vernichtung der Ernte durch den Wirbelsturm und die Überschwemmungen im letzten Jahr zurückzuführen. Außerdem wurde rund ein Drittel des Weltkulturerbes der Sundarbans, des Mangrovenwalds im Delta des Ganges, beschädigt. Die Weltbank schätzte den gesamtwirtschaftlichen Schaden der Überschwemmungen im Sommer auf eine Milliarde, den des Sturms auf rund zwei Milliarden US-Dollar. Zahlreiche NGOs, welche in den betroffenen Gebieten tätig sind, unterstützen die Opfer beim Wiederaufbau und sind für ihren Einsatz von vielen Seiten gelobt worden. Doch kritisiert *Transparency International* auch Unregelmäßigkeiten bei der Verteilung der Hilfsgüter durch lokale NGOs. Familienangehörige von NGO-Mitarbeitern oder Lokalpolitikern seien überversorgt worden, während Menschen in entlegenen Gebieten oft gar nichts erhalten haben. Zeitungen berichteten außerdem, dass viele Betroffene in der Folge des Zyklons an lokale Kredithaie, so genannten Mahajans, geraten sind. Diese verlangen zwischen 15 und 20 Prozent Zinsen pro Monat. Mit dem Aufkommen der Mikrokredite waren die Mahajans

auf dem Rückzug gewesen, doch da nun viele NGOs im Katastrophengebiet die Vergabe von Mikrokrediten ausgesetzt haben, bleibt vielen Hilfesuchenden nur der Weg zu zweifelhaften Kreditgebern.

Bundestagsdelegation in Bangladesch

Ende März besuchte eine sechsköpfige Delegation des Deutschen Bundestages Bangladesch. Die Delegation um Thilo Hoppe, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ), führte in Dhaka Gespräche mit Regierungsvertretern und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Außerdem besuchte sie Projekte von Mitgliedsorganisationen des deutschen Bangladesch-Forums. Die deutschen Politiker betonten die Wichtigkeit der demokratischen Reformen der Parteien. Berlin werde, so Hoppe, politischen Druck ausüben, wenn die Übergangsregierung ihre Macht nicht zügig an eine gewählte Regierung abgibt. Derzeit befürchte er aber keine Diktatur in Bangladesch. Hoppe zeigte sich sehr beeindruckt von der engagierten Arbeit der Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Ärmsten der Armen und die Rechte von Frauen einsetzen.

Spannungen in den Chittagong Hill Tracts

Das Friedensabkommen von 1997, welches den ethnischen Minderheiten der *Chittagong Hill Tracts* mehr Autonomie zugestehen soll und die Auseinandersetzungen zwischen der Armee und den so genannten Friedenskämpfern (*shanti bahini*) beendeten sollte, drohte seit August 2007 seine Gültigkeit zu verlieren. Der High Court von Bangladesch hatte ein Rechtsverfahren angestrengt. Die Regierung wurde aufgefordert zu erklären, ob das Abkommen die Souveränität und Integrität des Staates verletze und somit ungültig sei. Der Chef der Übergangsregierung Fakhruddin Ahmed hat inzwischen versichert, dass das Friedensabkommen die Souveränität des Staates nicht einschränkt. Vielmehr müsste das Abkommen endlich vollständig umgesetzt werden. Fakhruddin sagte, die Unabhängigkeit der Administration und des Justizwesens müsse verstärkt werden. Außerdem wird die Landkommission der *Hill Tracts* neu besetzt werden. Sie soll die Landstreitigkeiten zwischen der indigenen Bevölkerung und bengalischen Siedlern in den drei Distrikten Khagrachari, Rangamati und Bandarban schlichten. Seit die Regierung Bangladeschs nach der Unabhängigkeit des Landes bengalische Siedler in die dünnbesiedelte Hügelregion an der Grenze zu Myanmar geschickt hat, sind die eigenständigen Kulturen der Minderheiten wie der Chakma, Marma oder Mru vom Aussterben bedroht. Auch

heute, mehr als zehn Jahre nach Ende des Konflikts, verhaften und foltern die Sicherheitskräfte immer wieder politisch aktive Angehörige der Minderheiten.

Reispreis schnell in die Höhe

Eine der größten Sorgen der bangladeschischen Bevölkerung sind die seit Monaten steigenden Lebensmittelpreise. Nun ist es zu einer Krise auf dem Reisemarkt gekommen. Anfang April hat die Regierung eine Vereinbarung mit Indien geschlossen, 500 000 Tonnen Reis aus dem Nachbarstaat zu importieren, um die Folgen des Zyklons „Sidr“ zu kompensieren. Die Reispreise steigen fast täglich, obwohl die Versorgung sicher gestellt ist. Der Preis auf den Großmärkten schwankte Anfang April je nach Qualität zwischen 10 und 30 Taka (neun bis 27 Cent) pro Kilo. Die andauernden Preissteigerungen belastet die Mittel- und Unterschicht enorm. Berichten zufolge leben manche extrem armen Menschen nur noch von gekochten Kartoffeln. Großhändler auf den wichtigsten Märkten in Dhaka sagten, dass die Preise auf den kleinen Märkten auf dem Land ständig steigen und dies Auswirkungen auf die Preise in der Hauptstadt habe. Die Händler beklagten außerdem die generelle Krise auf dem internationalen Reisemarkt. Das Ministerium für Ernährung hingegen argumentierte, es gäbe keinen logischen Grund für die ständige Preissteigerung, da Bangladesch einen Vorrat für drei Monate habe und demnächst der boro-Reis auf den Markt kommt. Das Ministerium schiebt die Schuld auf skrupellose Händler, welche die Krise am Reisemarkt ausnutzen, um mehr Gewinne einzufahren. Scheinbar horten gewinnorientierte Kaufleute den Reis. Die Regierung hat zahlreiche Direktverkaufsstellen eingerichtet, wo die Menschen Reis zum Großhändlerpreis unmittelbar vom Lastwagen kaufen können. Ebenfalls wollen die *Bangladesh Rifles* (BDR) ihre fairen Verkaufsstellen in Dhaka ausweiten. Berichten des *Daily Star* zu Folge genügt die Reismenge an den Verkaufsstellen jedoch nicht, um alle Wartenden zu versorgen. Der Chef der Übergangsregierung, Fakhrudin Ahmed, hat versprochen, dass Landwirtschaftssystem Bangladesch umzugestalten, um die Lebensmittelversorgung zu verbessern. Außerdem sollen vermehrt Gelder in die landwirtschaftliche Forschung fließen.

Liste der Kriegsverbrecher veröffentlicht

Das Komitee zur Untersuchung von Kriegsverbrechen (*War Crimes Facts Finding Committee*, WCFFC), eine Forschungseinrichtung, hat Anfang April eine Liste mit den Namen von knapp 1 600 Kriegsverbrechern veröffentlicht, die für Massenmord, Vergewaltigung und andere Gräueltaten während des Unabhängigkeits-

kriegs von 1971 verantwortlich sind. Der kleinere Teil sind Angehörige des pakistanischen Militärs, der Großteil von rund 1150 Personen stellen die Kollaborateure. Viele Sympathisanten Pakistans gehörten den Razakar, Al Shams oder Al Badr an, Kampftruppen, welche die pakistanische Armee im Krieg gegen die Unabhängigkeitskämpfer unterstützt haben. Die WCFFC hat die Liste in Anwesenheit von Frauen, die von den pakistanischen Streitkräften gefoltert worden sind, in Dhaka vorgestellt. Sie wird die Namen an die Regierung und die Wahlkommission übergeben, so dass Kriegsverbrecher von den anstehenden Parlamentswahlen ausgeschlossen werden können. Die Wahlkommission beschloss im Februar, bekannte Kriegsverbrecher als Kandidaten zu kommenden Wahlen nicht zuzulassen. Die meisten Kollaborateure der pakistanischen Armee, die heute noch leben, gehören nun der *Jamaat-e-Islami* an, einige bekleiden auch wichtigen Posten bei der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) und der *Jatiya Party*. Der derzeitige Parteivorsitzende der *Jamaat-e-Islami*, Matiur Rahman Nizami, sowie der Generalsekretär General Ali Ahsan Muhammad Mojahid zählen zu den prominentesten Köpfen auf der Liste der Kriegsverbrecher. Andere haben sich aus der Politik zurückgezogen und leben im Exil. Ziele der WCFFC sind erstens, dass Schweigen und die Straflosigkeit zu beenden und Gerichtsverfahren gegen die Kriegsverbrecher einzuleiten. Auch Irene Khan, Generalsekretärin von amnesty international, empfahl der Regierung von Bangladesch, die Kriegsverbrecher von 1971 zu verurteilen. Der Unabhängigkeitskrieg Bangladeschs gegen Pakistan im Jahre 1971 dauerte nur neun Monate, forderte aber geschätzte drei Millionen Menschenleben. Das pakistanische Militär ermordete gezielt Intellektuelle und ist für die Massenvergewaltigung tausender Frauen verantwortlich. Die *Jamaat-e-Islami* bestreitet, dass heutige Mitglieder und die Partei selbst an Aktionen gegen die Unabhängigkeitskämpfer beteiligt gewesen seien.

Yunus eröffnet Mikrokreditbank in den USA

Im Februar wurde bekannt, dass Nobelpreisträger Muhammad Yunus, Gründer der Grameen Bank, sein Mikrokreditmodell in die USA bringt. Er will die 28 Millionen US-Amerikaner ansprechen, die kein Bankkonto besitzen. Die *Financial Times* berichtete, dass bereits rund 34 000 Euro im Januar an arme Einwandererfrauen im New Yorker Stadtviertel Queens verliehen worden sind. Yunus will in New York rund 176 Millionen US-Dollar als Kredit zur Verfügung stellen und dann in ganz Amerika tätig werden. Wie in Bangladesch sollen auch in den USA hauptsächlich Frauen Kredite erhalten. Dieses Modell habe sich bewährt.